

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

25.6.1923 (No. 144)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher Zeitung,  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. u. b.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigenjahr: 320 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabat, der als Rabat abgezogen wird und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Eine Rede des Reichskanzlers.

Königsberg, 25. Juni. Anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung der deutschen Ostmesse in Königsberg, zu deren geistiger Eröffnung mehrere Mitglieder des Reichskabinetts anwesend waren, nahm Reichskanzler Dr. Cuno in der Sündenburg-Oberrealschule vor geladenen Gästen, unter denen fast vollständig die Vertreter der Behörden und landwirtschaftlichen Organisationen erschienen waren, Gelegenheit zu einer Ansprache. Der Reichskanzler betonte zunächst, daß er keineswegs eine politische Rede halten wolle, daß ihm im gegenwärtigen Augenblick vielmehr die persönliche Fühlung von Mensch zu Mensch ohne Unterschied des Standes oder der Partei als wesentlich erscheine. Ostpreußen ist in seiner Wirtschaft vom Reich vollkommen unabhängig und ganz auf sich selbst gestellt. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß ebenso wie die Rheinlande, Saar- und Ruhrgebiet auch Ostpreußen nicht vergessen werden darf. Angesichts der gegenwärtigen Lage taucht aber wohl die Frage auf, was die Zukunft uns bringen wird. Man blickt dabei nach der feindlichen Besetzung im Westen. Die deutschen Männer halten dort fest und werden festhalten wie am ersten Tag, ja vielleicht noch fester trotz aller Opfer an Freiheit, Gut und Blut. Alle versichern, daß sie nicht lassen vom Reich. Wir aber, die auf sie bauen, müssen unsere Politik offen und gerade gestalten — das sind wir ihnen schuldig. Wir müssen aber auch darauf bedacht sein, die Leiden dieser Männer zu vermindern.

Die Reichsregierung hat nicht gleichgültig und nicht leichten Herzens in der Ruhrfrage verhandelt. Sie hat aber keinen anderen Weg eingeschlagen, als dem Übermut der Feinde und der Willkür Poincaré und seiner Anhänger angesichts dieser rechtlosen Besetzung ein „Nein“ entgegenzusetzen. Doch nur solange soll dieses „Nein“ gelten, als es im Interesse freier wirtschaftlicher Entwicklung und im Interesse der Unabhängigkeit u. Souveränität Deutschlands erforderlich ist. Daraus ergibt sich der Versuch der Regierung, eine Lösung in der Reparationsfrage zu finden. Es hat keinen Sinn, politische Ideale zu betreiben mit Kräften, die zu schwach sind, diese zu verwirklichen. Wir brauchen eine Politik der praktischen Ermäßigung und Zweckmäßigkeit, eine Politik, die auf dem Boden der Tatsachen und des praktischen Erreichbaren steht.

Zur jetzigen Lage führte der Reichskanzler aus, daß es die Aufgabe und das Ziel der Reichsregierung gewesen sei, und noch sei, die Welt, die am Friedensvertrag interessiert ist, zu überzeugen, daß wir bereit sind, zu zahlen, damit unser Vaterland frei werde, von den Hindernissen seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Dieses Ziel hat auch die Regierung mit ihrem Memorandum erreicht. Die Welt ist nicht mehr stumm wie bisher. Nicht mehr steht die englische und die italienische Regierung den Ereignissen im Ruhrgebiet interessellos gegenüber, nicht mehr bedingungslos auf Seiten Frankreichs. Freilich: Poincaré ist nicht verhandlungsbereit. Ebenjowenig jetzt, wie bisher. Er verlangt als erstes Aufgabe des passiven Widerstands. Aber keine Regierung kann den passiven Widerstand, der geboren aus dem Willen der Bevölkerung von Rhein und Ruhr, aufheben, weil er eben seinen deutschen Männern mit unerschütterlicher Entschlossenheit aus dem Herzen wächst und den wir auch nicht aufgeben können weil wir es den Männern, die ihr Leben für ihr Vaterland hingeben haben und denen, die in Gefangnissen leiden, schuldig. Poincaré ist nicht verhandlungsbereit. Nur dann aber wird er es werden, wenn das deutsche Volk sich eins fühlt mit seinen Brüdern, wenn es durch- und ausfällt im befestigten und unbefestigten Gebiet. Wenn man aus dem befestigten Gebiet kommt, so kommt man erschöpft zurück und gestärkt von dem Anblick, daß die Gesinnung eines Volkes trotz vier Jahren Krieg und

vier Jahren Friedlosigkeit Kraft zur Ertragung so unsäglich Leiden hat und treu zum Reich steht. Auch wir in der Heimat stehen gleichsam in der Front. Es ist nicht daran zu denken: wie verbene ich? Jeder muß denken: was dient dem Vaterland? Die Reichsregierung wird mit aller Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen Kreise, die sich dieser Sorge entziehen, vorgehen. Gerade aus dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit für jede noch so wirtschaftlich eingestellte Regierung, mit drakonischen Maßregeln in dieser Richtung vorzugehen.

### Politische Neuigkeiten. Die Reparationsfrage.

Paris, 25. Juni. Die Zeitungen veröffentlichen eine Verordnung des Generals Dégoutte, vom gestrigen Tage, mit der die gesamten Kohlen des Ruhrgebiets zugunsten der Besatzungsmächte beschlagnahmt werden.  
Berne, 25. Juni. Am Bahnübergang bei der Station Bönig wurden in der Nacht zum Samstag ein französischer Kavaliere und ein Feldwebel von einem französischen Posten erschossen. Der Offizier, der sich in Begleitung des Feldwebels und eines französischen Ingenieurs befand, hat auf Aufruf keine Antwort gegeben. Der Posten gab darauf gemäß seiner Instruktion Feuer. Schon durch den ersten Schuß war der Offizier auf der Stelle tot. Der Feldwebel wurde schwer verletzt und ist noch in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

### Frankreichs Beteiligung an den Plänen der Separatisten.

London, 24. Juni. Der „Observer“ veröffentlicht über vier Spalten einen vertraulichen Bericht des Oberkommissars der französischen Republik Tirard vom 16. April 1923 an das Secrétariat générale in Paris, in dem auf das ausführlichste die Geschichte der separatistischen Bewegung im Rheinland und Frankreichs Anteil an der Politik Dortens dargelegt wird.  
Der „Observer“ bemerkt selbst, daß dies die denkbar klarste Aufdeckung der französischen Ziele und Methoden sei, welche insbesondere seit der Ruhrbesetzung von französischer Seite mit verstärkter Energie betrieben werden. Besonders Interesse kommt auch den konkreten Mitteilungen über Dortens Organisation im Ruhrgebiet zu. Der „Observer“ veröffentlicht dieses überaus wichtige Dokument, weil er darin eine aufschlußreiche Darstellung einer fehlgeschlagenen Politik erkennt, und in der Hoffnung, dadurch die Augen selbst der Franzosen zu öffnen.

Der Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland beginnt mit der Feststellung, daß die früheren Berichte die verschiedenen Kräfte behandelten, die die französischen Beziehungen mit Dorten seit dem Monat Mai des Jahres 1921 durchgemacht haben, in dem Verfasser des Berichtes mit der Aufgabe betraut wurde, mit ihm in Fühlung zu treten. Es heißt weiter, mit Unterstützung des französischen Oberkommissars sei Dorten in der Lage gewesen, seine Anhänger zusammenzubekommen, ihre Wegeleitung hoch zu halten, seine Propaganda zu verbreiten und Zeitungen zu gründen. Das Oberkommissariat habe jedoch sein Zusammenarbeiten mit Dorten offiziell nicht zugeben dürfen. Die Parole

sei gewesen, Zwischenfälle zu vermeiden, insofern bereit das Oberkommissariat unfehlbar wehrlos gemacht worden wäre. Man habe ja nichts mit Politik zu tun“, fügt der Verfasser des Berichtes ironisch hinzu und fährt fort, infolgedessen sei Dorten allmählich auf das Niveau eines untergeordneten Agenten in französischem Solde herabgesunken. Seine Feinde seien nur zu froh gewesen, dies zu finden, und im antipreußischen, aber durch und durch deutschen Rheinland hätten Dortens Feinde es verstanden, diese Tatsache als eine tödliche Waffe zur Beeinflussung der rheinischen Politik zu benutzen.

Die Pariser offizielle Presse versucht dem vom „Observer“ veröffentlichten Geheimbericht des Herrn Tirard über die Förderung der rheinischen Separationsbewegung durch die französische Regierung jede Bedeutung abzuspochen. Wie un bequem hier die Enthüllung empfunden wird, zeigen die Bemerkungen, die Gescheit des Dokuments in Frage zu stellen.

### Das französische Börsenmanöver gegen die deutsche Mark.

Von einem Bankier, der kürzlich in Wiesbaden war, erfährt die „B. Z.“, daß er dort direkt aus französischem Munde das bestätigende Bekenntnis hörte, daß die Franzosen lastdächtig, die an der Ruhr gestohlenen und geraubten Papiermilliarden teilweise zu einem Börsenmanöver gegen die Mark benutzt haben. Sie wählten für dieses Manöver kleine Börsenplätze, bei denen erfahrungsgemäß kleine Devisennachfragen große Kursprüngel verursachen. Sie haben also besonders in Köln und Aachen ihre gestohlenen, zum Teil erst unter bewaffnetem Zwang fertiggedruckten Papiermarken auf den Markt geworfen und haben dafür Franken und Pfund kaufen lassen. Die Wirkung auf den deutschen Devisenmarkt — der letzte Stief wurde bekanntlich vom Rheinland auch nach Berlin geführt — ist bekannt.

### Die Stimmung in der Pfalz.

Der pfälzische Abgeordnete im bayerischen Landtag Burjer, ein Mitglied der aus Deutschnationalen und Volkspartei zusammengesetzten „Mittelpartei“, hat in einer Münchener Versammlung der Deutschen Volkspartei Ausführungen über den passiven Widerstand gemacht, die gerade, weil sie von einem Pfälzer, der von den Franzosen verhaftet und ausgewiesen wurde, stammen, und gerade weil sie in München gesprochen wurden, besondere Beachtung verdienen. Der „N. N.“ zufolge sagte er u. a.: Wieviel Kraft, Stimmung und Freude am eigenen Land und eigenen Volk geht bei uns durch der ekelhaften, im Auslande uns lächerlich machen innerpolitischen Streit zugrunde! Wir holen aus der Vergangenheit immer nur die Waffen zum Kampf gegen Volksgenossen. Gewiß ist vieles tief beklagenswert. Aber was hilft jetzt das retrospektive Gemächel, Gelage und Beschuldigen! Es reicht uns immer mehr in den Abgrund hinab. Uns hilft nur ein: Dem folgen einheitlichen Bestrebungen der andern unsern einheitlichen Volkswillen des Sichbehauptens entgegenzusetzen. Der Kampf dort drüben ist nicht eine Angelegenheit der Linken, er ist eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Weicht der Widerstand zusammen, kommt die Auflösung der Rheinlande und der Pfalz, dann ist die Einheit des Reiches und damit dessen Zukunft und die Zukunft Bayerns dahin. Dann bringt auch die Selbständigmachung der Länder keine Rettung. Unser Gesamtwohlgehen steht und fällt mit der in einem jahrhundertlangen Ringen mühsam errungenen deutschen Einheit.

### König Heinrich IV. II. Teil.

Neu eingestudiert.  
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare.  
In Szene gesetzt von Robert Volzner.

Der zweite Teil des Heinrich Dramas ist in seiner dramatischen Struktur noch lockerer wie der erste. Die ersten Teile lehnen sich enger an die tatsächliche historische Entwicklung von der Schlacht auf Herringsburg bis zum Tode Heinrichs IV. und der Thronbesteigung seines Sohnes an, die weiteren Teile um Falstaff haben breiteren Raum gewonnen und drohen die Historie gänzlich zu sprengen.

Als Dramatiker seiner Nationalgeschichte konzentriert Shakespeare jetzt noch mehr als im ersten Teil sein Interesse auf den ältesten Sohn des Königs, dem als dem gefeierten Nationalhelden er dann ein beschwingtes Preisepos in dramatischer Form: Heinrich V widmet. Stärker wie früher wird jetzt immer wieder unterstrichen, daß Prinz Heinz eigentlich nur aus machiavellistischen Gründen solch schlechte Gesellschaft wie Sir John und Genossen pflegt. Ja, von diesem II. Teil aus betrachtet scheint es mir durchaus wahrscheinlich, daß der von mir in der Besprechung des I. Teils als „unpsychologisch, affektisch peinlich“ bezeichnete erste Monolog dort erst nachträglich zur Vorbereitung auf die weitere Entwicklung eingeschoben sei.

Die große Aufgabe Shakespeares war das königliche Gefühl eines nationalen Lieblingshelden zu erweisen, andererseits aber auch die Gestalt des dicken Ritters, die ihm so reich an Beispielen eingebracht hatte, wiederum zur Wirkung zu bringen. Prinz Heinz läßt er nun ziemlich im Hintergrunde. Nur einmal zeigt er ihn in Gesellschaft Falstaffs, doch nicht als Teilhaber seiner Streiche, sondern nur als kritischen Beobachter. Aber auch an der ersten Handlung der Unterwerfung rebellischer Barone läßt er ihn nicht aktiv teilnehmen. Shakespeare, obwohl englischer Patriot, hat doch ein klares Urteil

über die machiavellistisch-doppelgängerige Staatskunst, die den Gegner zunächst zur freiwilligen Niederlegung der Waffen bewegt, um ihn dann zu vernichten. (Geschichte wiederholt sich öfters!) Diese unheimliche Rolle überträgt der Dichter daher lieber dem jüngeren Bruder des Prinzen, dem Herzog Johann von Lancaster.

Heinz wäre kein Engländer, nicht der Sohn Bolingbrokes, wenn ihm diese Seite latibuliger Vortellsberechnung fremd wäre. Aber um ihn zum Nationalhelden zu gestalten, mußte ihm Shakespeare auch die lebenswürdigen Züge englischen Lebens, die knabenhafte Heiterkeit und frische Natürlichkeit verleihen; der machiavellistisch-puritanische Politiker muß zugleich auch der Erbe des old merry England sein.

Und um den menschlich-befremdlichen, politisch verändlichen Druck mit dem Genossen schimm-schölicher Jugendstreiche, Falstaff, begreiflich zu machen, unterstreicht der Dichter hier im II. Teil die brüchige Seite des Charakters des dicken Ritters stärker. Die einzige Gelegenheit, bei der wir den Prinzen mit ihm zusammen sehen, zeigt ihn nicht nur als den freien Humoristen des I. Teils, sondern betont seine sittliche Schwäche, die ihn höchstens noch verladensreiter macht. Seine Streiche, sei es gegen den Schneider, gegen die Wirrin, gegen Richter Schaal, haben im Gegensatz zu früher einen unterton fittlicher Verworfenheit. Gerade was wir im I. Teil gewahren, daß das humoristische Subjekt in Falstaff in jene freie Höhe erhebt, wo alle moralischen Maßstäbe verschwinden, hat sich hier geändert. Jetzt ist der Ernst des Lebens wieder stärker vor unsere Augen gerückt, so daß Falstaff in diesem Licht gesehen wieder mehr Objekt der Komik, denn Subjekt des Humors ist.

Damit hat aber der Dichter auch vorbereitet auf den Schluß, wo er den zum König gekrönten Heinz den Genossen verantwortungsloser Jugendtage kalt verurteilen läßt. Vorbereitet in doppelter Weise, durch die Betonung der realpolitischen Begabung des Bolingbrokeschen Prinzen und durch die Andeutung der Verächtlichkeit, Verwerflichkeit des alten Büstings, für den nach Heinrichs Thronbesteigung keine Gesetze mehr

Geltung haben sollen. Der junge König, erschüttert von dem Erlebnis am Sterbebette des Vaters, wo ihm der ganze schwere Ernst der Königswürde und Königsbürde zum Bewußtsein kommt, emporgestiegen aus der Leichtigkeit gewöhnlichen Durchschnittslebens durch den feierlichen Akt der Krönung, hat über verstandesmäßig realpolitische Erwägungen hinaus auch innerlich gefühlsmäßig gerade in diesem Augenblick kein Verständnis für einen lächerlichen Prasser und Gesehesverächter gleich Falstaff.

Und dennoch läßt uns diese letzte Szene des Dramas un befriedigt. Einmal weil wir überhaupt gefühlsmäßig diesem echt englischen Machiavellismus der Politik, die wie alle Politik keine Dankbarkeit kennt, fremd gegenüberstehen. Dann aber, weil uns der dicke Ritter mit all seinen Schwächen und Lasten viel zu lieb geworden ist, als daß wir nicht seine tiefe Enttäuschung miterleben. Die Figur des Falstaff ist innerlich über den Dichter hinausgewachsen, sie fesselt uns stärker, nimmt uns mehr in Anspruch, als eine weiße Skizze des Dramas beantworten könnte. Innerlich hat Falstaff den Rahmen des Kunstwerks gesprengt; seine Stärke ist das Werkes Schwäche. Es wäre daher eitel, Beklemmer gleich diese Schwäche des Dramas hervorzuheben zu wollen, freuen wir uns doch vielmehr der prafvollen Gestalt Ritter Johns, die in ihrer überreichen Fülle deutlicher den Genius seines Schöpfers verbürgt, als jede peinliche Berechnung dramaturgischer Gesetze jemals könnte.

Unerschöpflich scheint des Dichters Fähigkeit auf dem Gebiete der Komik und des Humors. Was sonst zu allen Zeiten in der Weltliteratur einem Autor zum Schaden ausfällt, einen gelungenen Einfall zu wiederholen, zeigt bei Shakespeare Vermeidung. Die Galerie komischer Gestalten ist nicht nur reichhaltiger geworden, sie ist auch in originellen Zügen und Einfällen vertieft. Die Aktrutenanwerbung, die Szenen mit Schaal und Stille, die Figuren von Dorchden Vadenreiter, Pistol dem Vagen: überall Erzeugnisse froherer Raune, unbändiger Heiterkeit.



...arbeiten werden mit Überarbeit. In der übrigen metall-  
verarbeitenden Industrie ist die Lage weniger günstig, so  
wurden in einem Fall bereits erteilte Arbeiterzeugsauf-  
träge wieder zurückgezogen. Das Angebot an Arbeitskräften  
aus dieser Berufsgruppe ist immer noch sehr groß. Die das  
letzte Mal berichtete Besserung in der Weinheimer Lederindu-  
strie hält in möglichem Umfang an.

### Das nationalsozialistische Verbredertum.

Das auch an der Technischen Hochschule in Karlsruhe sein Un-  
wesen treibt, wie die Verbreitung des Flugblattes beweist, wird  
von dem demokratischen „Heidelberger Tageblatt“ wie folgt ge-  
kennzeichnet:

Die Leistung — ein offener Aufruf zum Bürgerkrieg —  
bildet einen Höhepunkt an politischer Verwirrung und fittlicher  
Verwilderung. National gesehen aber ist sie abscheulich und  
stellt nichts anderes dar, als eine Aufforderung, durch Schaf-  
fung von Unruhen im Innern, die Front im Westen zu zer-  
schlagen und den republikanischen Staat, damit aber auch das  
Reich, in Trümmer zu schlagen. Die Verfasser des Flugblattes  
sind Kinder oder Verbrecher. Die Regierung wird jedenfalls  
nach dem Rechten sehen müssen; denn so wie hier und in vie-  
len anderen Fällen in den letzten Wochen in Baden offen oder  
verdeckt für die nationalsozialistische Bewegung Stimmung ge-  
macht wird, darf es nicht weitergehen. Was sagt z. B. die  
Deutsche Volkspartei dazu, daß das ihr nahestehende „Ver-  
teiler Tageblatt“ vor kurzem nicht nur einen Leitartikel „Der  
Nationalsozialismus“ von Eduard Stabler, daran anschließend  
eine beschränkte Lebensbeschreibung Hitler's und Teile des an-  
sich unumgänglichen nationalsozialistischen Programms gebrach-  
t hat! Das sind schlimme Verirrungen, besonders schlimm in  
einem Grenzland und einer Zeit, da es wieder einmal um Le-  
ben und Sterben des Reiches geht und jede Störung der inne-  
ren Ordnung, jeder Versuch, die Einheitsfront des Volkes zu  
zerbrechen und zu zerperlegen und ungeheures Verbrechen ist.  
Der „Volkstribun“ fügt dem hinzu, daß von der Technischen  
Hochschule aus auch noch andere nationalsozialistische Verbred-  
er unterstützt werden, als nur die Verbreitung von Flugblättern,  
die zum Bürgerkrieg hegen. Uns hält nur die Mühsucht auf die  
Stadt Karlsruhe ab, öffentlich Näheres darüber zu sagen. Die  
Lehrer an der Karlsruher Hochschule sind eine schwere  
Gefahr für die Ruhe, die Ordnung und den Frieden der Stadt  
und des Landes.

### Tagung des Badischen Bauernvereins.

DZ. Rastatt, 26. Juni. Der Badische Bauernverein hielt  
gestern hier seine Tagung ab. Am Vormittag fand die  
13. ordentliche Generalversammlung der Zentral-Bezugs-  
und Absatzgenossenschaft des Badischen Bauernvereins und die  
17. ordentliche Generalversammlung der Badischen Bauern-  
bank statt.

Zu dem nachmittags in der Fruchthalle abgehaltenen  
15. ordentlichen Verbandstag hatten sich Vertreter der  
Bauernschaft aus ganz Baden eingefunden.

Präsident, Staatsrat Weichaupt, begrüßte die Anwesenden,  
insbesondere Justizminister Trum und den Vertreter der  
Regierung, Oberregierungsrat Cronberger, welsch letzterer die  
besten Wünsche der Staatsregierung übermittelte.

Direktor Sattler gab in großen Zügen ein Bild der Jahres-  
arbeit des Vereins, der trotz erheblicher Schwierigkeiten auch  
im vergangenen Jahr zum Heften des Bauernstandes und  
damit des badischen Volkes gearbeitet habe. Mit der tatkräftigen  
Unterstützung der Verbandsgenossen würden auch in Zu-  
kunft alle Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Präsident, Staatsrat Weichaupt, sprach sodann in ein-  
drucksvoller Weise über die wirtschaftliche Lage. Redner rich-  
tete an die Landwirte die Mahnung, das Geld nicht aufzu-  
speichern, sondern es werblich anzulegen und beschäftig-  
te sich sodann mit dem Landbunde. Die Behauptung, wir  
hätten beabsichtigt, die Landwirtschaftskammer zu einem Wert-  
zeug einer politischen Partei zu machen, ist falsch, dies ist von  
anderer Seite geschehen. Die Landwirtschaftskammer muß  
über den Parteien stehen; sie ist die gesetzgebende Körperschaft  
der Landwirtschaft und muß ein unabhängiges Organ für die  
gesamte badische Landwirtschaft sein. Seitdem wir mit schar-  
fer Kritik eingeleitet haben, ist eine ganz andere Disziplin in  
der Landwirtschaftskammer. Wir im Bauernverein gehen den  
alten Weg. Wir schauen nicht nach links und nicht nach rechts.  
Unser Ziel ist, die Leistungsfähigkeit des Bauernstandes zu  
erhalten zum Wohle der Bauernschaft, des Volkes und des  
Vaterlandes.

Die Änderung der Grund- und Gewerbesteuer ist so aus-  
gefallen, daß sie für die Landwirtschaft erträglich ist, doch  
müsse die Art, wie die Landwirtschaft zur Wohnungsabgabe  
herangezogen werde, erste Bedenken erregen, jedenfalls müßten  
die landwirtschaftlichen Gebäude freigelassen werden. Die  
elektrische Energie auf dem Lande ist so teuer, daß sie kaum  
noch ertragen werden kann. In der Branntweinbesteuerung  
haben wir stets darauf hingewirkt, steuerliche Erleichterungen  
zu bekommen, und die Reservearmee, die wir in Baden ha-  
ben, zu behalten, aber die Schatzkammer müsse aufhören,  
sonst sei es nicht möglich diese Reserve-Armee aufrecht zu er-  
halten. Wir haben jetzt die freie Wirtschaft, nun heißt es,  
unser Wort erfüllen, und die Landwirtschaft so zu betreiben,  
daß wir in der Lage sind, das Volk ernähren zu können. Ein  
Wiederaufbau Deutschlands kann nur stattfinden, wenn der  
Weg über den deutschen Acker, die deutsche Scholle und über  
die deutsche Bauernfamilie geht. Wir gehen harten Zeiten  
entgegen, und nur der wird im Kampfe Sieger bleiben, der  
für den Kampf am besten gerüstet ist. Deshalb ist es not-  
wendig, daß wir auch in Zukunft treu und fest zu unserem  
badischen Bauernverein halten (Lebhafter Beifall).

Generaldirektor Dr. Angenheiter berichtete über die Ent-  
wicklung der gesamten badischen Bauernvereinsorganisation.  
Der Badische Bauernverein hat heute bei 1231 Ortsvereinen  
einen Mitgliederstand von über 127 000 Mitgliedern. Er  
beschäftigt sich in der Hauptsache mit Wirtschaftspolitik. Die  
Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaft des Badischen Bauern-  
vereins hatte einen Umsatz von 4,4 Millionen Zentner. Im  
Laufe werden 63 Lager unterhalten. Die Badische Bauernbank  
hatte am 31. Dezember 1922 einen Umsatz von 33 Milliarden  
Mark heute bereits 250 Milliarden, so daß in letzter Zeit ein  
täglich Umsatz von über 10 Milliarden zu verzeichnen ist.  
Der Geschäftsanteil wurde auf 50 000 M. erhöht, die Gesam-  
tsomme auf 1 Million.

Der Hauptvorstand des Badischen Bauernvereins hat in  
seiner Sitzung vom 23. Juni 1923 folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Kleinbrennerei. Der Badische Bauernverein verurteilt  
auf entschiedenste die Schwarzbrennerei, fordert dagegen auf  
der anderen Seite die volle Erhaltung und, soweit beseitigt,  
die Rückgabe der bisherigen Kleinbrennereirechte, sowie die  
feuerliche Befreiung einer angemessenen Menge Hausbrand.

2. Getreidebewirtschaftung. Der Bauernverein begrüßt die  
freie Wirtschaft bei Getreide und fordert die Mitglieder auf,  
nun auch die Produktion im Interesse der Volksernährung  
möglichst zu steigern. Bezüglich der Brotverbilligung für die  
minderbemittelte Bevölkerungsklasse ist der Bauernstand be-  
reit, entsprechend beizutragen, fordert aber, daß, falls weitere

Mittel hierfür nötig werden sollten, neben dem Befehl auch die  
hohen Einkommen mit herangezogen werden.

3. Milchversorgung. Soweit die zunehmende Milchnot die  
Folge einer falschen Preispolitik der Städte ist, muß sie durch  
Anpassung an die Erzeugungskosten und die übrigen Vermer-  
tungsbedingungen beseitigt werden. Den Städten wird die  
Einführung gestaffelter Milchpreise entsprechend der landwirt-  
schaftlichen Leistungsfähigkeit der Verbraucher empfohlen.

4. Steuerwesen. Auf dem Gebiet der Steuern ist eine Ver-  
einfachung der Veranlagung dringend notwendig. Des weite-  
ren ist auch das System der Steuerveranlagungs- und Ein-  
zugstage auf dem Lande weiter auszubauen.

Gleichstabsabgeordneter Diez sprach sodann über die Bedeu-  
tung des Badischen Bauernvereins als wirtschaftspolitische  
Gruppe und über die erste Arbeit der Landwirtschaft für die  
Erhaltung des Volkes.

Nachdem noch Abg. Seibert über sein Spezialfach, die  
Branntweinbrennerei, Vizepräsident Schill über die Milchver-  
sorgung und von Gleditsch über den Rebau gesprochen  
hatten, wurde die Tagung vom Präsidenten mit Worten des  
Dankes und der besten Wünsche für die Zukunft geschlossen.

### Besetzung von Leopoldshafen.

Leopoldshafen, 24. Juni. Heute morgen trafen hier zwei  
französische Offiziere als Quartiermacher ein, welche für 2  
Offiziere, 4 Unteroffiziere und 60 Mann Quartier machten.  
Darnach soll Leopoldshafen besetzt werden.

Die Gemeinde Leopoldshafen ist seit Sonntag, 2 Uhr von den  
Franzosen mit 2 Offizieren und 40 Mann besetzt. Die Offi-  
ziers- und Privatarquartiere, die Mannschaften im Schulhaus,  
der Kleinfinderschule und einem Wirtshausaal untergebracht.

Offenburg, 25. Juni. Nachdem die Gemeinden Ebersweier  
und Windshägg die ihnen anlässlich des kürzlich verübten An-  
schlags auf die Bahnanlagen auferlegten Geldbußen bezahlt  
haben, treten auf Grund einer neuen Bekanntmachung der  
französischen Besatzungsbehörde Erleichterungen in der bis-  
herigen Verkehrsbeschränkung ein. Die französische Besatzung  
weist des weiteren darauf hin, daß die noch bestehenden Ver-  
kehrseinschränkungen gänzlich aufgehoben werden, wenn sich  
die Bürgermeister des Einbruchgebietes verpflichten, den von  
der interalliierten Rheinlandskommission verfüzten Wohnsitz  
ausüben zu lassen und wenn die durch die französische Behörde  
vorgeschriebene Untersuchung wegen des letzten Sabotageaktes  
beendet sein wird.

Der Stadtrat von Offenburg begründet in einem Bauer-  
anschlag die Notwendigkeit des Bahnhauses unter Mithilfe  
der Einwohnerkraft und ersucht dabei die Bevölkerung, be-  
achtliche Elemente zur Anzeige zu bringen oder festzunehmen.

DZ. Offenburg, 25. Juni. Die französisch-belgische Eisen-  
bahnregie hier läßt das Grasertragnis auf dem deutschen  
Eisenbahnverwaltungen gehörigen Gelände verpacken und bringt  
gleichzeitig in Erinnerung, daß das Betreten des Bahngelän-  
des, wozu auch die Bahndämme gehören, streng verboten ist  
und diejenigen Personen, die bereits Gras gemäht haben und  
dies schon nach Hause gebracht hätten, nachträglich ausfindig  
gemacht werden, um die geschuldete Pacht an die Regie abzu-  
liefern.

DZ. Heidelberg, 25. Juni. Der von den Franzosen am 18.  
Mai an der Mannheimer Neckarbrücke beschaffte Polizeicom-  
mandeur Joseph Sandriffer aus Heidelberg, ist vom französi-  
schen Militärpolizeicommandeur in Landau zu sechs Monaten Ge-  
fängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt wor-  
den. Sandriffer gehörte der hiesigen blauen Polizei an.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus.  
Mittwoch, den 27. Juni, 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends  
Donnerstag, den 28. Juni, 8 Uhr abends  
Samstag, den 30. Juni, 4 Uhr nachm.



**Flieger- und Rhön-Segel-Flug**  
1 + 9 + 2 + 2

Mittwoch, den 27. Juni, abends 8 Uhr  
**Flieger-Gedenkfeier**  
des Karlsruher Luftfahrtvereins

Programme bei den Verkaufsstellen und an der Abendkasse 2.597

Preise 3000. —, 2500. — M. einschl. Garderobe pp.  
Ein Teil des Ertrages ist für den Karlsruher Segelfluggelbau bestimmt

Siehe Plakatskolen.



**KUNSTHAUS SEBALD**  
WÄLDSTR. 30A KARLSRUHE TEL. 4130  
AB 1. JUNI 1923  
KOLLEKTIV-AUSSTELLUNG  
PROF. ADOLF HILDENBRAND  
GEMÄLDE — AQUARELLE  
SEBALD-KERAMIK — BÜCHER

GEÖFFNET, WERTTAGS VON 10-1 UHR UND 3-6 UHR  
AB 15. MAI BIS 15. SEPT. SONNTAGS GESCHLOSSEN

Detektiv-Institut  
H. Privat-  
Raskunkel  
„Mannheim“  
O. 6. 6.  
Planeten 2.47  
Fernspr. 3305  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Jagd**

Jeder Jäger in Baden  
soll die amtliche Zeitschrift  
des badischen Bundes  
deutscher Jäger und seiner  
Ortsgruppen Freiburg,  
Karlsruhe, Konstanz, Mann-  
heim, „Der Deutsche Jäger“,  
München, abonnieren. Be-  
zug bei dem Postamt, Brief-  
träger oder bei dem Ver-  
lag, München, Briener-  
straße 9, anmelden. W. 515  
Baden.

Genossenschaftsregister-  
eintrag Bd. I O. 3. 9  
Bezirks-Verein  
Baden-Baden e. G. m. b. H.  
Baden-Baden. Das  
Statut wurde durch Be-  
schluß der Generalver-  
sammlung vom 14. April  
1923 neu aufgestellt. Ge-  
genstand des Unterneh-  
mens ist: a) gemeinschaft-  
licher Einkauf, Bearbei-  
tung und Erzeugung von  
Lebensmitteln und Ver-  
brauchsgegenständen aller  
Art im Großen und Ab-  
gabe derselben im Kleinen  
gegen sofortige Barzah-  
lung an die Mitglieder zu  
erkäuflichen Preisen. b)  
Förderung des Sparfunds  
durch Einrichtung und Be-  
trieb von Sparklassen. Die  
Gesamtsomme wurde auf  
10 000 M. erhöht.  
O. 3. 27 — Bezugs- u.  
Abschlagsgenossenschaft des  
Bauernvereins Baden-  
Bade e. G. m. b. H.  
in Baden-Baden. Die  
Gesamtsomme ist durch  
Beschluss der Generalver-  
sammlung vom 29. April  
1923 auf 20 000 Mark er-  
höht worden.  
Baden, 11. Juni 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Zentral-Handels-Register für Baden.**

**Achern.** E. 668.  
Zum Handelsregister  
Bd. I O. 3. 5: Mechanische  
Industriefabrik Ober-  
achern in Oberachern ist  
unterm 18. Juni 1923 ein-  
getragen worden: Durch  
Beschluss der ordentlichen  
Generalversammlung vom  
3. Mai 1923 ist § 7 Absatz  
2 des Gesellschaftsvertrags  
geändert. (Beschränkung  
des mehrfachen Stim-  
rechts der Vorzugsaktien  
Litera B). Auf die einge-  
reichte Urkunde Seite 17/  
19 der Registerrollen wird  
Bezug genommen. Jede  
Aktie genährt dem Inha-  
ber eine Stimme. Die  
mehrfach stimmigen Vorzugs-  
aktien B gewähren dem  
Inhaber drei Stimmen bei  
einer Beschlussfassung über  
Besetzung des Aufsichtsrats,  
Änderung der Satz-  
ung oder Auflösung der  
Gesellschaft.  
Achern, 18. Juni 1923.  
Bad. Amtsgericht.

**Baden.** E. 685.  
Handelsregistereintrag  
Bd. I O. 3. 34  
Firma Juwelengeschäft W.  
Reiter & Co., Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung  
in Baden-Baden. Den  
Kaufleuten Paul Stern u.  
Otto Rudolph in Mann-  
heim ist Einzelprokura er-  
teilt.  
Baden, 11. Juni 1923.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.

**Durlach.** Handelsregi-  
ster A. Eintragung am  
12. Juni 1923 die Firma:  
Gaiser & Scheider, deren  
Sitz bei Forstheim nach  
Verkauf verlegt ist.  
Einzelkaufmann: Rudolf  
Gaiser, Kaufmann in  
Forstheim. Angegebener  
Geschäftszweig: Verstei-  
lung von Zigarren und  
Naudstabak. Amtsgericht,  
Eberbach.

**Eberbach.** E. 665.  
In das Handelsregister  
A Band II wurde zu L.  
3. 17 betr. die offene Han-  
delsgesellschaft in Firma:  
„Wilhelm Seibert“, Eber-

**bach** eingetragen: Die Ge-  
sellschaft ist aufgelöst, die  
Firma ist erloschen.  
Eberbach, 19. Juni 1923.  
Amtsgericht.

**Eppingen.** E. 628  
Bd. I O. 3. 103: Firma  
W. & A. Lichterheimer in  
Eppingen. Dem Ludwig  
Freundhaller in Steins-  
furt ist Prokura erteilt.  
Eppingen, 20. Mai 1923.  
Amtsgericht.

**Eppingen.** E. 698.  
Im Handelsregister A  
Bd. I O. 3. 191 wurde  
heute eingetragen: Firma  
Jakob Pottiez in Sulz-  
feld.  
Dem Karl Pottiez in  
Sulzfeld ist Prokura er-  
teilt.  
Eppingen, 20. Juni 1923.  
Amtsgericht.

**Ettenheim.** E. 666.  
Handelsregistereintrag  
Bd. I O. 3. 127.  
Firma Eugen Marx zu  
Schmieheim. Inhaber Eu-  
gen Marx, Kaufmann  
ebenda.  
Ettenheim, 18. Juni 1923.  
Amtsgericht.

**Ettlingen.** E. 657.  
Zu Handelsregister A  
O. 3. 183 betr. Firma  
„Loeser / Leonhardt Et-  
tlingen“ in Ettlingen wurde  
eingetragen: Die Ge-  
sellschaft ist durch Tod des  
Friedrich Loeser in Ettlin-  
gen aufgelöst. Das Ge-  
schäft samt Firma ist auf  
Heinrich Koch in Karls-  
ruhe übertragen. Der  
Sitz der Niederlassung ist  
nach Karlsruhe verlegt. Ein-  
übergang der Vorberren-  
gen und Verbindlichkeiten  
auf den neuen Erwerber  
ist ausgeschlossen.  
Ettlingen, 15. Juni 1923.  
Amtsgericht I.

**Gengenbach.** E. 697.  
Im Handelsregister A  
Band I wurde eingetra-  
gen:  
Unter O. 3. 131: Firma  
Heinrich Waller in Gen-  
genbach, Inhaber Sol-  
döbler Heinrich Waller  
in Gengenbach.

**Heidelberg.** E. 644  
Handelsregistereintrag  
Bd. I O. 3. 12.  
Die Firma Wilhelm  
Gottmann und die Pro-  
kura der Wilhelm Wall-  
mann Ehefrau und des  
Alfred Schellenberger, alle  
in Heidelberg, ist erloschen.  
Band IV O. 3. 220 zur  
Firma Himmelmann &  
Co. in Heidelberg: Der  
Heinrich Schumann Ehe-  
frau, Maria Elisabeth geb.  
Pfaff, in Heidelberg ist  
Prokura erteilt.  
Band V O. 3. 151: Fir-  
ma Wilhelm Grün, Inha-  
ber Wilhelm Grün, Hän-  
dler, beide in Heidelberg.  
Band V O. 3. 152: Fir-  
ma Heinrich Schumann,  
Inhaber Heinrich Schu-  
mann Ehefrau, Maria  
Elisabeth geb. Pfaff, in  
Heidelberg ist Prokura er-  
teilt.  
Band V A. 3. 153: Karl  
Otterbach, Inhaber Karl  
Otterbach, Händler, beide  
in Heidelberg.  
Band V O. 3. 154: Fir-

ma Bernhard Giffler, In-  
haber Bernhard Giffler,  
Weinbändler, beide in  
Heidelberg.  
Heidelberg, 9. Juni 1923.  
Amtsgericht V.

**Karlsruhe.** E. 627  
In das Handelsregister  
B Band III O. 3. 27 ist  
zur Süddeutschen Glas-  
industrie — Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung  
in Karlsruhe eingetragen:  
Durch Gesellschaftsbeschluss  
vom 8. Mai 1923 wurde  
der Gesellschaftsvertrag ge-  
ändert und neu gefaßt.  
Hiernach gilt insbeson-  
dere: Das Stammkapital  
wurde um 2 880 000 M.  
auf 3 000 000 M. erhöht.  
Sind mehrere Geschäfts-  
führer bestellt, so wird die  
Gesellschaft durch zwei Ge-  
schäftsführer oder durch  
einen Geschäftsführer in  
Gemeinschaft mit einem  
Prokuristen vertreten. Die  
Vertretungsbefugnis des  
Geschäftsführers Franz  
Boch, Ettlingen ist be-  
endet. Karl Württele, Kauf-  
mann, Karlsruhe ist als  
weiterer Geschäftsführer  
bestellt. Dem Kaufmann  
Otto Oertel, Karlsruhe ist  
Prokura derart erteilt,  
daß er berechtigt ist, ge-  
meinsam mit einem Ge-  
schäftsführer die Gesell-  
schaft zu vertreten.  
Karlsruhe, 15. Juni 1923.  
Bad. Amtsgericht B 2.

**Karlsruhe.** E. 628  
In das Handelsregister  
B Band VII O. 3. 47 ist  
zur Karlsruher Lebens-  
versicherungsbank Aktien-  
gesellschaft, Karlsruhe ein-  
getragen: In der Gene-  
ralversammlung vom 28.  
März 1923 wurde be-  
schlossen, das Grundkapi-  
tal um 10 000 000 M. zu  
erhöhen durch Ausgabe  
von 1000 auf Namen lau-  
tend Aktien über je  
10 000 M. Diese Erhöhung  
hat stattgefunden. Das  
Grundkapital beträgt jetzt  
20 000 000 M. und ist nun-  
mehr eingeteilt in 2000  
Namensaktien über je  
10 000 M. Die Ausgabe  
der neuen Aktien erfolgt

